

Aus der Geschichte lernen!

Dokumentationsbroschüre zum 8. Mai 2020: „Weg des Widerstands“

„Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten.“

- Esther Bejarano

Diese Broschüre ist die Dokumentation des "Weg des Widerstands" als Teil des Befreiungsfestes vom 08. Mai 2020. Auf dem "Weg des Widerstands" hatten antifaschistisch Aktive aus den verschiedensten Bereichen (Initiativen, Fachschaftsräte, Gewerkschaften, Friedensbewegung) an Infotischen mit Interessierten über die Hoffnungen, Erkenntnisse und Konsequenzen aus der Befreiung 1945 diskutiert. Um dazu beizutragen, dass diese Auseinandersetzungen auch verstärkt in Lehre und Forschung, sowie in der Zivilgesellschaft geführt werden, haben sie ihre Resultate verschriftlicht. Im Weiteren soll die Broschüre zur Anregung und Kenntnisnahme weiterer Mitstreiter*innen dienen, sodass sie in ihren Bereichen, Institutionen und Initiativen ähnliches unternehmen können. So unterstützen und realisieren wir auch die Forderung von Esther Bejerano, den 8. Mai zum offiziellen und auch gelebten Feiertag zu machen.

Ihr findet die Videodokumentation des Bühnenprogramms auf dem Joseph-Carlebach-Platz auf der Youtube-Seite des Fachschaftsrats Sozialökonomie:

https://www.youtube.com/watch?v=L-b_wD9P1dM und hier die Lesungen aus verschiedenen Schriftstücken, die von den Nazis verbrannt wurden, ihren Beitrag zur Befreiung leisten oder diese reflektieren:

<https://www.youtube.com/watch?v=bsulZSb7LvE>

Eine anregende Lektüre wünscht

Die AG 8. Mai an der Uni Hamburg

Beschluß des Akademischen Senats der Uni Hamburg vom 23.04.2020	3
Dokumentation des Programms vom 8. Mai 2020	4
AG Antifaschismus der UHH: Zur „Weiße Rose Hamburg“	5
Volksinitiative ziviler Hafen: ... den Krieg wirklich abzulehnen	9
AK Frieden von ver.di: Beitrag zum 8. Mai	11
Omas gegen Rechts zum „8. Mai als Feiertag“	14
Die antifaschistische Begegnungsstätte Heideruh zum 8. Mai	17
IGM-Aktive: Die antifaschistische Verantwortung der Gewerkschaften	18
International Solidarisch - Schluss mit Austerität: Lernen ...	19
Fachschaftsrat Sozialökonomie: „Der 8. Mai muss ein Feiertag werden!“	21
FSR Sozialwissenschaften zu Siegfried Salomon Landshut	25
FSR Erziehungswissenschaft/Lehramt: Bildung für ein „Nie wieder!“	28

Aus der Geschichte lernen!

„Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Wie viele andere aus den Konzentrationslagern wurde auch ich auf den Todesmarsch getrieben. Erst Anfang Mai wurden wir von amerikanischen und russischen Soldaten befreit. Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“

Esther Bejarano in einem offenen Brief an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen, erstellt am 26. Januar 2020.

Die Universität begeht den 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus öffentlich als einen Feiertag. Die historische Zäsur von 1945 bewirkten weltweit zahlreiche Menschen mit Humanität, Courage, Aufklärung und Solidarität. In diesem Moment liegt die Geburtsstunde der modernen Menschenrechte und - uneingelöster - Hoffnungen auf ein global friedliches, gerechtes und demokratisches Zusammenleben.

„Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ ist die Trias, für deren Verwirklichung sich ein internationales Bündnis aus Antifaschistinnen und Antifaschisten der Diktatur des Unrechts und dem Krieg entgegenstellten. Durch sie geeint konnten die Frauen und Männer der Résistance der scheinbaren Übermacht die Stirn bieten. Sie begründete die Hoffnung auf eine Welt des Friedens und der Freiheit, die nicht nur den Gefangenen und Gefolterten in den Konzentrationslagern Kraft und den Mut zum Widerstand verliehen hat. Mit der Ambition, dass die hässliche Fratze des Faschismus nicht triumphiert, leisteten Kulturschaffende, Künstler*innen, Dichter*innen, Schriftsteller*innen und Literat*innen Widerstand. Meist im Exil konnten sie das Erbe der Menschheit in seiner Ästhetik bewahren und weiterentwickeln. Dieses Erbe lebte in den aufklärerischen Taten der Weißen Rose und der lebensbefürwortenden Kultur der Swing-Jugend.

Es war die Überzeugung von der unteilbaren menschlichen Würde, die Unzählige zu alltäglichen, kleinen, großen und stets bedeutsamen Gesten der Solidarität bewegt hat. Dass die Menschen im Bewusstsein des universalen Rechts der Menschenwürde jedes Elend überwinden werden, konnte der Vernichtungsfeldzug der Nazis in gemeinsamer Anstrengung gestoppt werden.

Die geistige Produktivität, internationale Zusammenarbeit und kreative Fülle von Philosophie, Künsten, Wissenschaften und sozialer Politik in demokratischer Bewegung ist damals wie heute ein praktisches „Nie wieder!“. Damit tragen Menschen kontinuierlich zur Befreiung von jeder Barbarei und zur humanen Veränderung in der Welt bei.

In diesem Verständnis erinnert die Universität Hamburg an die Opfer der Nazi-Verbrechen und an die gelungene Überwindung der systematischen Grausamkeit. Sie wendet sich gegen jede Ab- oder Umkehr in der Erinnerung. Die Mitglieder der Universität sind aufgerufen an diesem Tag Studium, Lehre und Forschung diesem Jahrestag zu widmen. Die Universität bekräftigt so ihr Engagement für humanistische Bildung und Wissenschaft, soziale Offenheit der Hochschulen und ihre demokratische Verfasstheit: Für eine Welt, die von der Menschheit auf Dauer friedlich und solidarisch bewohnt wird.

Auf einem „Weg des Widerstands“ will die Universität an denkwürdigen Orten auf dem Campus, zwischen „Carl-von-Ossietzky-Bibliothek“ und „Joseph-Carlebach-Platz“ auch ihrer eigenen, widersprüchlichen Geschichte und der daraus erwachsenden Verantwortung nachgehen und gemeinsam mit der Stadtgesellschaft mit Infoständen, sowie mit Veranstaltungen zum Diskutieren, Gedenken und Handeln einladen.

Sie mögen sich diesen Aufruf zu eigen und in der Universität bekannt machen.

Aus der Geschichte lernen!

8. Mai 1945 – 75 Jahre Befreiung

Programm:

Kundgebung am Joseph-Carlebach-Platz:

12-16 Uhr und 18-20 Uhr:

**Offene Lesung aus den von Nazis verbrannten Büchern,
Rede- und Kulturbeiträge**

U. a. mit: Antikriegsambulanz, Internationales Auschwitz Komitee,
Hans-Martin Gutmann, Lampedusa Moongroove, Marx Sisters & Brothers,
Maria Markina, Rolf Becker.

16-18 Uhr:

**Podiumsdiskussion: "Befreiung - der Mensch wird dem Menschen
ein Freund!" / Der 8. Mai als Feiertag**

Elias Gläsner (Volksentscheid: Schuldenbremse streichen!),
René Senenko (Bündnis Hamburger Deserteursdenkmal),
Sieghard Wilm (Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Pauli),
Vertreter des DGB (N.N.), u. a.

„Weg/Facetten des Widerstands“ auf dem Campus Von-Melle-Park

12-16 Uhr:

Infotischen von und mit antifaschistisch Aktiven

U. a. mit: FSR Erzwiss/Lehramt, FSR Sozialökonomie,
FSR Sozialwissenschaften, Gedenkstätte Ernst Thälmann, Heideruh e.V.,
„Omas gegen Rechts“, International Solidarisch: Schluss mit Austerität,
Volksinitiative für einen zivilen Hafen.

Zur „Weiße Rose Hamburg“

Die nach der Befreiung 1945 als Weiße Rose Hamburg bekannt gewordene Widerstandsgruppe wurde unter anderem von Studierenden der Universität Hamburg ins Leben gerufen. Die Hamburger Weiße Rose war nicht die einzige Widerstandsgruppe

in Hamburg und es gab Überschneidungen zum Beispiel zu den candidates of humanity oder dem Lichtwarkkreis. Ursprünglich trafen sich die Mitglieder zu einem Lese- und Diskutierkreis im Keller der „Agentur des Rauhen Hauses“, einer Buchhandlung am Jungfernstieg. Sie diskutierten Kunst, Literatur und Politik. Auch Werke verbotener Literaten waren darunter. Die Gruppe pflegte Kontakt nach



München zur Weißen Rose. Nach der Ermordung von Hans Scholl, Sophie Scholl und Christoph Probst am 22.02.1943 beschlossen sie offensiver gegen den deutschen Faschismus vorzugehen. Im Laufe der Monate wuchs die Gruppe immer weiter und Freunde und Familien der Studierenden schlossen sich dem Widerstand an. Sie vervielfältigten und verteilten das sechste und letzte Flugblatt der Münchener Weißen Rose mit dem Zusatz „Ihr Geist lebt trotzdem weiter“.

Im Foyer des Audimax¹ ist eine Gedenktafel in den Boden eingelassen. Unter anderem auf Initiative von Professor Wilhelm Flitner, dessen Seminare zum Treffpunkt für die Mitglieder der Hamburger Weißen Rose wurden, gab es

ab 1968 ernsthafte Pläne für eine Gedenktafel. Am 28.09.1971 wurde die Tafel schließlich eingeweiht. In die Tafel sind die Namen der Studierenden eingraviert, die den deutschen Faschismus nicht überlebten. Seit einigen Jahren wird immer am 29. Januar an die Hamburger Weiße Rose erinnert. Peter Fischer-Appelt, der erste demokratisch gewählte Präsident der Universität Hamburg, hält an diesem Tag stets eine Rede.

Frederick Geussenhainer wurde am 24.02.1912 in Neumünster geboren. Nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann und Beamten lebte er ab 1939 in Hamburg. Er begann im Herbst 1940 sein Medizinstudium an der Universität. Frederick Geussenhainer war überzeugter Christ und überzeugter Befürworter der Menschenrechte. Am 18. Juli 1939 wurde er zu 3 Tagen Haft oder 30 Mark Geldstrafe verurteilt, vermutlich für das Hören von verbotener Swing Musik und dem Lesen von verbotener Literatur. Im September wurde das Urteil durch einen sogenannten „Gnadenerlass des Führers“ wieder aufgehoben. Frederick Geussenhainer lernte 1942 Albert Suhr kennen, der ebenfalls Medizin studierte und zu den candidates of humanity gehörte. Die beiden freundeten sich an und Frederick Geussenhainer begann im Widerstand aktiv zu werden. Nachdem die GeStaPo-Agentin Yvonne Glass die candidates of humanity verrät, wurde er im Juli 1943 verhaftet. Gegen Frederick Geussenhainer wurde nach dem Ermittlungsverfahren keine Anklage erhoben. Er wurde dennoch am 06. Juni 1944 als sogenannter „Schutzhäftling“ ins KZ Neuengamme eingewiesen, von wo aus er vier Monate später weiter in das KZ Mauthausen deportiert wurde. Zu seinem Todesdatum gibt es verschiedene Aussagen. Vermutlich verstarb er zwischen Ende April und Anfang Mai 1945 im KZ Mauthausen. In Gedenken an ihn und Margaretha Rothe wurde das Studiengebäude im Universitätsklinikum Eppendorf in Rothe-Geussenhainer-Haus benannt.

Hans Leipelt wurde am 18.07.1921 in Wien geboren. Nach seinem Abitur meldete er sich zum Reichsarbeitsdienst und diente später in der Wehrmacht. 1940 wurde er aufgrund der jüdischen Herkunft seiner Mutter als sogenannter „Mischling 1. Grades“ aus der Wehrmacht entlassen. Noch im selben Jahr begann er sein Chemiestudium an der Universität Hamburg und

knüpfte Kontakte zu Mitgliedern im Widerstand. 1941 wurde Hans Leipelt eine Fortführung seines Studiums an allen deutschen Universitäten verwehrt, aus demselben Grund, aus dem er schon aus der Wehrmacht ausgeschlossen wurde. Professor Heinrich Otto Wieland nahm ihn an der Universität München auf, da er als Nobelpreisträger weniger Repressionen ausgesetzt war. Professor Wieland nutzte diese Stellung auch zum Schutz anderer Studierender. Hans Leipelt war mit den Geschwistern Scholl befreundet. Nach der Hinrichtung der Geschwister Scholl und Christoph Probst brachte Hans Leipelt das sechste Flugblatt der Weißen Rose nach Hamburg und übergab es vor dem Hauptgebäude an Heinz Kucharski und Albert Suhr mit den Worten: „Hochexplosiver geistiger Sprengstoff!“. Beim Spendensammeln für die Witwe des ermordeten Widerstandskämpfers Kurt Huber wurde er denunziert und verhaftet. Er wurde am 29.01.1945 in München Stadelheim hingerichtet.

Reinhold Meyer wurde am 18.07.1920 in Hamburg geboren. Er studierte Philosophie und Germanistik an der Universität Hamburg und war zudem Buchhändler und der Juniorchef der „Agentur des Rauhen Hauses“. Im Keller dieser Buchhandlung traf sich die immer größer werdende Widerstandsgruppe. Nach dem Verrat der Gruppe durch Maurice Sachs versuchte er zunächst noch unterzutauchen. Am 19.12.1943 verhaftete die GeStaPo ihn bei Freunden der Familie im Harz. Gegen Reinhold Meyer ist nie eine Anklageschrift bekannt geworden. Er starb in der GeStaPo Haftanstalt Fuhlsbüttel, vermutlich an den Folgen von Misshandlungen. Sein Tod wird auf den 12.11.1944 datiert. In Erinnerung an ihren Bruder schrieb Anneliese Tuchel das Buch „Der braucht keine Blumen: in Erinnerung an Reinhold Meyer“. Den Satz „Der braucht keine Blumen“ sagte ihr der Aufseher der Haftanstalt als sie die von Reinhold Meyer gewünschten Blumen abgeben wollte.

Margaretha Rothe wurde am 13.06.1919 in Hamburg geboren. Zu Schulzeiten nahm sie an einigen Lesekreisen der oppositionellen Reformpädagogin Erna Stahl teil. 1938 begann sie ein Medizinstudium an der Universität Hamburg. Im Universitätsklinikum Eppendorf lernte sie andere regimiekriti-

sche Ärztinnen und Ärzte sowie Studierende kennen. Sie nannten sich candidates of humanity, was für ein hohes Bewusstsein der eigenen Bedeutung spricht. Der Faschismus in Deutschland wurde immer restriktiver und drückender, weshalb Margaretha Rothe auch über Gesprächskreise hinaus aktiv werden wollte. Sie begann, gemeinsam mit Heinz Kucharski, Streuzettel mit den Frequenzen und Sendezeiten ausländischer Rundfunksender zu verteilen. Am 09.11.1943 wurde Margaretha Rothe zusammen mit Heinz Kucharski verhaftet. Sie wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung und Wehrkraftzersetzung angeklagt. Während des Weitertransportes erkrankte sie und starb am 15.04.1945 im St. Jakobs Krankenhaus in Leipzig an einer Lungentuberkulose. In Gedenken an sie und Friedrich Geussenhainer wurde das Studiengebäude im Universitätsklinikum Eppendorf in Rothe-Geussenhainer-Haus benannt.



Volksinitiative für einen zivilen Hafen:

Was es bedeutet, den Krieg wirklich abzulehnen

„Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein. Durch Förderung und Lenkung befähigt sie ihre Wirtschaft zur Erfüllung dieser Aufgaben und zur Deckung des wirtschaftlichen Bedarfs aller.“

Präambel der Hamburgischen Verfassung, 1952

Internationalität, Frieden und Völkerverständigung sind Werte, die Hamburg als Konsequenz aus Faschismus und zwei Weltkriegen in die Landesverfassung übernommen hat. Es ist die historische Verantwortung der Stadt, dafür zu sorgen, dass ihre in der Verfassung beschriebene Aufgabe, „Mittlerin des Friedens“ zu sein, erfüllt wird. Ihre Lage am Hafen, die Internationalität der Bevölkerung – in Hamburg leben heute Menschen aus nahezu 200 Ländern – vielfältige Friedensinitiativen, die Solidarität mit Geflüchteten, die Städtepartnerschaften und die Mitgliedschaft Hamburgs in „Mayors for Peace“ sind gute Grundlagen dafür.

Politische Realität ist aber auch, dass über den Hamburger Hafen Waffen in alle Welt verschifft werden, Hochschulen für Rüstungsforschung missbraucht werden, und die Bundeswehr in Schulen schon Minderjährige für einen „todsicheren“ Job anwirbt. In Hamburg und Umland produzieren mehr als 90 Unternehmen Rüstungsgüter, und im Hafen werden jährlich über 1000 Container mit tödlicher Fracht verladen, auch an diktatorische Länder wie Saudi-Arabien und die Türkei, mit denen sie in Syrien bzw. im Jemen Krieg führen. Transportiert werden unter anderem Kriegsschiffe, Bomben, Panzer, Panzerwagen, Kleinwaffen und allein 17,5 Tonnen Munition durchschnittlich pro Tag.

Deshalb haben wir die Kampagne für einen zivilen Hafen ins Leben gerufen und wollen mit Hilfe einer Volksinitiative gegen Rüstungsexporte der in der Hamburger Verfassung gefassten Verantwortung nachkommen und heute mit einem weiteren Schritt für die Realisierung dieses Grundsatzes eintreten.

Wir wollen, dass der Handel allein friedlichen Zielen dient und das Kriegstreiben in der Welt gemeinsam beenden. Als Leitgedanke steht für uns daher auch im Bewusstsein aus '45 – von Deutschland soll nie wieder Krieg ausgehen – der Vers: „War starts here. Let's stop it here.“ Wenn wir hier die Transporte und den Umschlag der Rüstungsgüter stoppen, können diese auch nicht in Krisengebieten ankommen und für weitere Kriegstreiberei genutzt werden.

Als Friedensbewegung schaffen wir kritische Gegenöffentlichkeit zur medialen Kriegstrommelei, der ökonomisch und militärisch verfolgten Expansion und stattdessen für die Aufklärung über die eigentliche Motivation, Demokratisierung und in Solidarität mit allen, die für eine bessere Welt kämpfen. Frieden ist soziales Leben, um zur solidarischen Entwicklung beizutragen, ist Kritik, um aufzurichten, ist Lachen, um Freude zu teilen, und ziviler Einsatz, um bessere (soziale) Verhältnisse für Alle real zu machen. Nur Frieden schafft Frieden.

In diesem Verständnis bilden „Nie Wieder Faschismus – Nie Wieder Krieg“ eine Einheit. Deshalb engagieren wir uns mit einem breiten Bündnis aus verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen und Kirchenvertreter*innen für das Ziel, jeglichen Umschlag von Rüstungsgütern aus dem Hamburger Hafen ein für allemal zu verbieten – ein wichtiger Beitrag dazu, dass Hamburg eine „Mittlerin des Friedens“ wird. Für Hamburg als Friedensstadt, in Freundschaft verbunden mit allen Bevölkerungen der Welt.

In allem sind wir dem Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945 verpflichtet:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

und kämpfen gemeinsam dafür, dass der 8. Mai endlich Feiertag wird! Denn er ist Tag der Befreiung, Tag des Friedens und Tag der Hoffnung!

AK Frieden von Ver.di:

Es hat 40 Jahre gedauert, bis 1985 in der Bundesrepublik von offizieller Seite der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1945 als einem Tag der Befreiung sprach. Dabei stellte er klar: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Weitere 35 Jahre hat es gedauert, um der Forderung, diesen Tag zu einem arbeitsfreien Feier-, Gedenk- und Kampftag zu erklären, in der öffentlichen Debatte laut Gehör zu verschaffen. Diese Forderung wird aktiv vom DGB und der Gewerkschaft Ver.di, zu der unser Arbeitskreis Frieden in Hamburg gehört, unterstützt.

Seit 1945 lautet die Losung der Antifaschistinnen und Antifaschisten „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“. Es ging also immer neben dem Kampf für Demokratie, gegen Diskriminierung und Unterdrückung auch um den Kampf für Frieden, für ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben aller Völker. Und so ist es nur folgerichtig, dass es in einem Aufruf zum 8. Mai unter dem Motto „Nein zur Sprache der Gewalt, ja zu einer Kultur des Friedens“, der vom DGB und Gewerkschaften unterstützt wurde, um den aktuellen Friedenskampf geht. Da heißt es: „75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist der Frieden wieder bedroht. Selbst bei uns in Europa ist er brüchig. Wir sagen Nein zu einer Sprache der Gewalt, stattdessen Ja zu einer Kultur des Friedens, der Vernunft und der Verständigung. Wir sagen Nein zu einer Erhöhung der Militärausgaben! Ja zu Abrüsten statt Aufrüsten!„ Die Einführung des 8. Mai als Tag des Gedenkens an die Opfer von Faschismus und Krieg, als Mahnung, den Anfängen zu wehren, heutigen Faschisten und Kriegstreibern beizeiten in den Arm zu fallen, ist dringender denn je. Die offizielle staatliche „Erinnerungskultur“ in Deutschland aber auch in der EU unterliegt in den letzten Jahren immer stärker einer Uminterpretation der Geschichte bis hin zu Geschichtsklitterung, in der sich ihre immer stärker werdende Konfrontation gegenüber Russland und das Streben nach Vormachtstellung in der Welt ausdrücken. Das lässt sich an zwei Beispielen verdeutlichen:

Erkenntnisse, die in die oben zitierte Weizsäcker-Rede eingeflossen sind, sollen revidiert werden. Da hieß es noch: „Die Initiative zum Krieg aber ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion. Es war Hitler, der zur Ge-

walt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.“ Heute macht das EU-Parlament in der am 19.09.2019 verabschiedeten Entschließung „Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas“ das faschistische Deutschland und die Sowjetunion gleichermaßen für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verantwortlich. So werden Opfer zu Tätern und neue Feindbilder geschaffen.



Eine Uminterpretation erfährt auch die Lehre „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“. In der Rede von Bundespräsident Walter Steinmeier zum 8. Mai 2020 wird daraus: „„Nie wieder!“ – das haben wir uns nach dem Krieg geschworen. Doch dieses ‚Nie wieder!‘, es bedeutet für uns Deutsche vor allem: ‚Nie wieder allein!‘. Und dieser Satz gilt nirgendwo so sehr wie in Europa. Wir müssen Europa zusammenhalten. Wir müssen als Europäer denken, fühlen und handeln. ... Wenn Europa scheitert, scheitert auch das ‚Nie wieder!‘“.

Von Faschismus und Krieg ist hier nicht mehr die Rede. Ja, was denn nie wieder allein? Die EU und in ihrem Windschatten Deutschland als dominierende Kraft der Gemeinschaft sollen koordiniert ihre Macht und Einfluss-

phären in der Welt sichern. Nachdem Deutschland es in der Vergangenheit nicht allein geschafft hat, jetzt im Kontext der EU. Damit wird die Lehre aus dem 8. Mai 1945 in ihr Gegenteil verkehrt.

Wir befinden uns mitten in der Umsetzung dieser Vorstellung. Neben Sanktionen und Handelsbarrieren als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen wird auf nationaler und europäischer Ebene die Militarisierung vorangetrieben. Dafür stehen stetig steigende Rüstungsausgaben im Innern und militärische Zusammenarbeit auf EU-Ebene wie z.B. im Rahmen von PESCO, der Permanent Structured Cooperation, die 2017 begründet wurde und an der sich 25 EU-Staaten beteiligen. Deutsche Soldaten stehen wieder in vielen Ländern der Welt, um „unsere“ Freiheit, sprich deutsche und europäische Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Auf die Spitze wird die Verhöhnung des Mottos „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ getrieben, wenn von Joschka Fischer die Teilnahme am Jugoslawien-Krieg, als Lehre aus Auschwitz deklariert wurde.

Für uns als GewerkschafterInnen, die in gewerkschaftlichen Friedensinitiativen aktiv sind, bedeutet das Engagement für den 8. Mai als bundesweiten Feiertag, im Gedenken an die Schrecken des Krieges gegen die heute bestehenden Kriegsgefahren zu mobilisieren, aktuell ganz konkret:

- **Unterstützung der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“**
- **Unterstützung der Atomwaffenverbotsinitiative**
- **Kampf für den Abzug der us-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland**
- **Kampf für Rüstungskonversion**
- **Unterstützung der Initiative für das Verbot des Waffenumschlags über den Hamburger Hafen**

Es darf nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen. Dazu gehört auch, dass aus Deutschland keine wie auch immer geartete Unterstützung für heiße oder kalte Kriege in der Welt geleistet werden darf.

Omas gegen Rechts in selbst geschriebenen Texten zur Frage, warum der 8. Mai ein Feiertag werden muss:

„Intuitiv wusste ich, dass es besser war, nicht zu viele Fragen zu stellen. Also stellte ich sie nicht. Erst in der Schule, in der 9. Klasse veränderte sich mein Blick auf den Krieg. Wir sahen den Film „Die Brücke.“ Mit Freunden begannen wir zu diskutieren und ich lernte Widerstandskämpfer kennen und erfuhr vom Holocaust. Es begannen Jahre der Streitgespräche mit meinen Eltern. Eine immer wiederkehrende Frage von mir war : „Warum habt Ihr nichts dagegen getan?“ [...]Ich habe fünf Enkel. Ich möchte von ihnen nie gefragt werden, „Warum hast Du nichts gegen die Rechten getan als Du es noch konntest. Der 8. Mai 1945 ist der Tag der Befreiung! Er sollte gesetzlicher Feiertag werden. NIE WIEDER FASCHISMUS !“

–OMA Dörte



„Der Mord an Benno Ohnesorg und die Freiheitsbeschränkung der Notstandsgesetze und der Protest dagegen wurden ein entscheidender Punkt in meinem Leben. Auch das Wissen um die vielen Nazis, die ungebrochen in Justiz, Politik, Verwaltung u.v.a.m auch das Sagen hatten. Seitdem möchte ich allen Anfängen von Rassismus und Faschismus entgegentreten und ich sehe beklommen, wie seit Jahren die braune Flut wieder zunimmt, in Taten (Morde, Flüchtlingsheime anstecken, Überfälle auf Juden mit Kippa etc.) und Worten („Entvolkung“ finde ich das Schlimmste davon). Lasst uns verhindern, dass ähnliche Verhältnisse entstehen wie Anfang der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts, wo es von der Machtübernahme bis zur Gleichschaltung mal gerade ein Vierteljahr dauerte.“

–OMA Elke

„Filme wie z.B. „Shoa“ von Claude Lanzmann, „Aimeé und Jaguar“ von Max Färberböck oder „Unsere Väter, unsere Mütter“ haben mir das Grauen jener Zeit bildhaft vor Augen geführt und unvergesslich gemacht. Und ich war und bin überzeugt: So etwas darf sich nie wiederholen und dafür tragen wir alle die Verantwortung! [...] Ich bin froh, bei einer Demonstration gegen Rassismus auf die OMAS GEGEN RECHTS gestoßen zu sein: Nun kann ich meiner Überzeugung öffentlich Ausdruck verleihen, dass es wichtig ist, die Erinnerung an vergangenes Unrecht und Leid wach zu halten, unsere Demokratie zu schützen und für Menschenrechte einzustehen. Gemeinsam sind wir stärker: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“

–OMA Monika

„Nun, bevor ich eine Antwort darauf gebe, was dieser Tag für mich heute bedeutet, muss ich mir ebenso die Frage stellen, was er mir allgemein bedeutet, denn ohne diesen 8. Mai 45 wäre das „Heute“ nicht so, wie es ist. Darüber sollten wir uns alle sehr bewusst sein. [...] Der 8. Mai ist ein „Glückstag“ für die gesamte Welt und ebenso ein Mahnmal dafür, dass sich Menschen aufgrund ihrer Religion, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Lebensanschauung und ihres gesundheitlichen Zustandes nie sicher fühlen konnten, verfolgt und millionenfach getötet wurden. [...] All das, plus die jüngsten politischen Ereignisse, der stetig wachsende Rechtspopulismus, die Uneinigkeit in der EU, was die Flüchtlingsfrage und deren menschenwürdige Behandlung und Unterbringung an-

geht, sind und waren die Motivationsträger dafür mich den „ Omas gegen Rechts“ anzuschließen. Es darf nie wieder einen Tag der Befreiung geben. Weder morgen noch irgendwann.“

–OMA Petra

„Vom 10 km entfernten KZ Bergen-Belsen hörte ich das erste Mal im Geschichtsunterricht des Gymnasiums – in der Oberstufe. [...] : Das Schweigen. Da komm ich her. [...] Ich bin 68er: [...] Wissen wollen lernen, Fragen stellen und zu sprechen lernen nach all dem Schweigen. Mehr noch: „Nein!“-Sagen lernen. Dies war für mich der wichtigste zivilisatorische und persönliche Fortschritt dieser Zeit: Ungehorsam zu lernen. Das Recht dazu haben, mitunter auch die Pflicht. [...] Lasst uns Gegengewichte schaffen und deutlich machen: dass die Verbrechen der deutschen Geschichte beendet wurden, ist dem Kampf der Verbündeten gegen Deutschland zu verdanken. Ihnen danke ich, aber auch den wenigen aus Deutschland, die im Widerstand ihr Leben riskiert und oft geopfert haben. Sie und natürlich die Überlebenden aus den Konzentrationslagern fühlten sich befreit, die vielen anderen ganz sicher nicht! Ich vermag mir nicht vorzustellen, wie die Welt ohne die Befreiung vom deutschen Faschismus aussähe. Deshalb fordere ich: Der 8. Mai soll als „Tag der Befreiung“ Feiertag werden!



–OPA Rainard

Einen kurzen Bericht zum 8. Mai findet ihr außerdem hier:
<https://www.omasgegenrechts-nord.de/aktuelles/aktionen/>

Antifaschistischen Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh:

„Wir gedenken der Millionen Toten, die im 2. Weltkrieg ihr Leben ließen, wir trauern um die Millionen Ermordeten in Konzentrationslagern und Gefängnissen, den Verscharten in Wäldern und auf der Flucht Erschossenen. Wir danken den Armeen und Partisaninnen auf der ganzen Welt und vor allem den Franzosen, Amerikanern, Briten und der Roten Armee, dass Sie sich der Faschistischen Armee entgegen gesetzt haben und unser Land befreit haben. Wir verneigen uns vor den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, die mit dem Blutzoll von 26 Millionen Menschenleben die Kraft hatten bis nach Berlin vorzurücken und am 8. Mai die bedingungslose Kapitulation ermöglichten. Wir erinnern uns mit tiefen Respekt all der Deutschen, die sich widersetzt haben, die nicht mitgemacht haben, die geflohen sind, die sabotiert haben, die aktiven Widerstand geleistet haben. Mein Vater – Richard Trampenau –, vor 75 Jahren nach über 12jähriger Haft aus dem KZ-Wolfenbüttel befreit, sagte immer, dass der 8. Mai der größte Feiertag der Menschheitsgeschichte ist. Peter Gingold schrieb „Für alle Ewigkeit muss im Gedächtnis der Menschheit verankert bleiben; dieses Morgenrot der Menschheit, dieser Jubel, der ganz Europa, ja die ganze Welt erfasste, aber auch, dass es ihn in Deutschland nicht gab.“

1945 war es die große Hoffnung der KZ-Gefangenen, dass die Vernunft siegt. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Damit niemals geschehe, was gestern geschah!

Holen wir es nach. 75 Jahre danach.“

– Auszug aus der Rede von Bea Trampenau zur Kundgebung "Am 8. Mai feiern wir die Befreiung von Faschismus/NS-Regime und Krieg" in Buchholz

Antifa-Aktive in der IG Metall Hamburg-Altona:

Die antifaschistische Verantwortung der Gewerkschaften

Auf dem letzten Gewerkschaftstag der IGM sind gute programmatische Erklärungen und sehr viele gute Anträge der Mitglieder beschlossen worden. Die IGM kämpft im ganzen Land in vielen Firmen um Arbeitsplätze, Arbeitsrechte, Tarife, Betriebsräte gegen z.T. Firmen mit feudalen Vorstellungen. Wissen und Kampf formen die Mitglieder und ihre Organisation. Um fortschrittliche Politik durchzusetzen bedarf es eines umfassenderen Kampfes um Rechte, Mitbestimmung und auch um die Eigentumsverhältnisse. Passivität stärkt die rechten Gegner, das ist die Lehre aus Vergangenheit und Gegenwart.

Mit dem Stand haben wir versucht, einmal die Warnungen vor den Faschisten durch die AIZ (Arbeiter Illustrierte Zeitung) Ende der 20ziger Jahre, sowie die Auswirkungen der faschistischen Politik während des Krieges mit Zwangsarbeitern und Häftlingen in Altonaer Firmen, darzustellen. Nach dem Krieg haben fast alle Parteien den Kapitalismus als Ursache von Faschismus und Krieg benannt und entsprechende Konsequenzen in ihren Programmen gefordert. Heute ist das alles vergessen, die BRD beteiligt sich an völkerrechtswidrigen Kriegen und ist Mitglied des verbrecherischen NATO-Militärbündnis. Und ein Bundespräsident fordert schon wieder Leben geben fürs Vaterland.



International Solidarisch - Schluss mit Austerität (ISSMA):

Lernen aus der Geschichte – Die Überwindung der Austeritätspolitik

Die Weltwirtschaftskrise 1929 stürzte Hunderttausende Menschen in Arbeitslosigkeit, Armut, Verzweiflung und manche in den Selbstmord. Später wurde diese Finanzkrise in verschiedenen Ländern und Gesellschaften unterschiedlich beantwortet. An zwei Exempeln zeigen sich die Auswirkungen auf die soziale Lage der Menschen und der Gesellschaft besonders drastisch.

1930er: zwei Antworten

In Deutschland griff Heinrich Brüning, letzter Kanzler der Weimarer Republik, mittels einer rigiden Sparpolitik (Austerität) und harten Einschnitten in das Leben der Bevölkerung ein. Eine wissenschaftliche Studie* zeigte, dass in den Regionen, in denen dieses besonders drastisch umgesetzt wurde, die Zustimmung und vor allem das Wiedererstarken der NSDAP überdurchschnittlich stark anstiegen. Dieses Extra machte den Unterschied bei den Wahlergebnissen 1933 und verhalf den Nazis an die Macht und ermöglichte den Faschismus.

In den USA gelang im Gegensatz Präsident Franklin D. Roosevelt mit dem New Deal ein klarer Politikwechsel hin zur Überwindung der Ungleichheiten. Mit weitreichenden sozialen Reformen begann seine Regierung einen Sozialstaat aufzubauen. Notleidende Menschen bekamen eine Soforthilfe, Kinderarbeit wurde verboten, ein Mindestlohn eingeführt, Schulspeisungen und einiges mehr wurden angegangen und umgesetzt.

Die Überwindung des Faschismus in Deutschland mündete unter anderem in einem Grundgesetz, das die Würde des Menschen als zentrales Fundament hat und im Gegensatz zur viel später zugeschriebenen Schuldenbremse keine Festlegung auf eine spezifische Wirtschafts- oder Finanzform. Der gute Beginn eines Wohlfahrtsstaates in den USA wurde hingegen vom Kapital massiv bekämpft und mit neoliberalen Einschnitten in vielen Bereichen zurückgedrängt.

2020: Neue globale Krise

Die heutige Krise zeigt sich in allen Facetten deutlich. Das Kapitalsystem hatte sich bis zur Finanzkrise 2008/2009 extrem aufgebläht, die Folgen machen sich bis heute bemerkbar. Nun spitzt es sich in der derzeitigen Situation erneut zu und droht mit einem weitreichenderem Absturz. Wir stehen mit der Klimakrise vor einem ökologischen Kollaps, einzelne Kräfte drohen wieder mit Atomkrieg, rechte Bewegungen erstarken erneut, die Gesundheitssysteme vieler Länder erweisen sich als nicht belastbar.

So stehen wir heute wieder am Scheideweg und müssen uns entscheiden. Dafür können wir aus der Geschichte lernen.

Die aktuelle Austeritätspolitik führt in ihrer Konkretion der Schuldenbremse zu weiteren Privatisierungen öffentlicher Güter und einem Sozialstaatsabbau. Sie wirkt zugleich entdemokratisierend, führt zu Politikverdrossenheit und bereitet so wieder rechten Weltanschauungen und dem Wunsch nach einer führenden Hand den Weg.

Doch das muss nicht sein. Wir können die Schuldenbremse streichen, die neoliberale Ideologie der Vereinzelung und Konkurrenz, der persönlichen Verantwortung für gesellschaftliche und globale Fehlentwicklungen brechen. Wir können uns entscheiden für einen Weg hin zu einer Welt in Frieden und Wohlfahrt für alle in einem ökologischen Gleichgewicht.

Es ist genug für alle da!

Die Streichung der Schuldenbremse ist aktiver Antifaschismus.

Wir fordern alle auf sich einzumischen und mitzutun.



Fachschaftsrat Sozialökonomie:

„Der 8. Mai muss ein Feiertag werden!“

Diese Forderung von Esther Bejarano unterstützen wir vollends. Ist doch der Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus auch der Tag des Sieges von Humanität, Vernunft und Solidarität über die unsägliche Barbarei und der Tag des Sieges des Friedens und der Freiheit über Unrecht und Krieg.

Für den Weg des Widerstandes haben wir uns als Fachschaftsrat Sozialökonomie der Universität Hamburg noch einmal genauer der Frage nach der Bedeutung der Befreiung vom Faschismus und des Widerstandes zahlreicher Antifaschist*innen (aus sozialökonomischer Perspektive) gewidmet. Dafür haben wir uns mit dem antifaschistischen Gehalt der Gründung unserer (Vor-Vor-)Vorgängerinstitution, der Akademie für Gemeinwirtschaft (AfG), und den dafür zugrundeliegenden sozialökonomischen Konsequenzen aus dem Faschismus auseinandergesetzt. Ebenso haben wir noch einmal intensiv miteinander und den Mitfeierenden diskutiert, was wir aus der Geschichte lernen (können) und welche Konsequenzen wir für unsere Arbeit als Fachschaftsrat am Fachbereich Sozialökonomie (ehem. HWP) gegenwärtig und zukünftig weiter voranbringen möchten.

Unsere Recherchen, Überlegungen und Diskussionen haben wir in einer kleinen Ausstellung beim Weg des Widerstandes dargestellt. Nachfolgend sind einzelne Ausschnitte aus der Ausstellung zu finden. Die vollständige Dokumentation der Ausstellung findet ihr auf der Seite des FSR Sozialökonomie:

<https://fsr-sozialoekonomie.de/8-mai-2020-tag-der-befreiung/>

Was sind die sozialökonomischen Konsequenzen aus 1945 für Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung?

Vorstellungen der antifaschistischen Widerstandskämpfer*innen für ein Nachkriegsdeutschland

Die politischen Häftlinge des KZ Buchenwalds arbeiteten auch während der Zeit ihrer Inhaftierung unter Einsatz ihres Lebens am Sturz der Faschisten. Auszüge aus ihrer letzten programmatischen Schrift: "3. Befreiung der Arbeit. [...] die DAF ist in eine einheitliche Gewerkschaft zu überführen. Diese vom Staate unabhängige Gewerkschaftsorganisation soll die Selbstverwal-

tung und Selbstverantwortung der Arbeiter, Angestellten und Beamten für ihre Geschicke erneuern und stärken, um ihren ganzen Einfluß im Gesamtprozess der Sozialisierung voll zu Geltung zu bringen.

4. Sozialisierung der Wirtschaft. Überzeugt, daß die letzte Ursache zu diesem ungeheuerlichsten aller Kriege in der Raubtiernatur der kapitalistischen Wirtschaft, des finanzkapitalistischen Imperialismus und der von beiden erzeugten moralischen und politischen Verwahrlosung der Lumpenproletariats und Kleinbürgertums liegt, fordern wir, daß den Gesellschaftskrisen durch eine sozialistische Wirtschaft ein absolutes Ende gesetzt wird. [...]

6. Neue Humanität. [...] Uns kann niemand umerziehen, wenn wir es nicht in Freiheit selbst tun. Neue Universitäten, aus den wertvollsten Kräften der Emigration und der inländischen sozialistischen Intelligenz gebildet, sollen uns neue Lehrer schaffen. [...] Freie und angewandte Künste, Literatur, Theater und Musik sollen in Freiheit aus einer Nacht tiefsten Grauens ins Land der Schönheit führen.“

(Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslager Buchenwalds, 19. April 1945)

Inwiefern haben die antifaschistischen Konsequenzen in die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft (AfG) Eingang gefunden?



Neuordnungsdebatte und progressiver Aufbruch in der Nachkriegszeit

Am 15. November 1948 begann die Akademie für Gemeinwirtschaft (AfG) mit dem Unterricht. Lehrveranstaltungen in der VWL waren zu Beginn u.a. „Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen“, „Grundprobleme der Gemeinwirtschaft“, die Vorlesung „Wirtschaftsdemokratie“ und „Wirtschaftslenkung und Vollbeschäftigungspolitik“. Initiiert wurde die AfG von Gewerkschaften, Genossenschaften und SPD (unter Zustimmung der Kommunistischen Partei), um die Demokratisierung der Wirtschaft in der Neuordnungsphase (wissenschaftlich) voranzutreiben und Nachwuchs für den gemeinwirtschaftlichen Sektor (aus)zubilden. Nach dem Vorbild der 1921 gegründeten Akademie der Arbeit in Frankfurt ging es darum, das bürgerliche Bildungsmonopol zu durchbrechen und eine arbeiterbildende Akademie zu schaffen. Der Ausgangspunkt für die Gründung der AfG war die Forderung nach der Errichtung von Lehrstühlen für Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen an der Universität Hamburg: „Begründet war diese Forderung mit der Bedeutung, die die Gewerkschaften für den „Wiederaufbau“ und den „Neubau des deutschen Wirtschaftslebens“ hätten. „Die Gewerkschaften sind zweifellos eines der wichtigsten Organe für den demokratischen Wiederaufbau. Sie sind der maßgebende Faktor für die Durchdringung der deutschen Wirtschaft mit demokratischen Geist.“ (Bärbel von Borries-Pusback (2002): Keine Hochschule für den Sozialismus – Die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg. Springer Fachmedien Wiesbaden, S.120.)

Was ist Gemeinwirtschaft?

„Die Ersetzung (oder zumindest Ergänzung) des erwerbswirtschaftlichen Prinzips durch das gemeinwirtschaftliche Prinzip stand deshalb unmittelbar nach 1945 an der Spitze der wirtschaftspolitischen Agenda der westdeutschen, politischen und moralischen Kräfte. Das Bedarfsdeckungsprinzip sollte die Gewinnmaximierung als oberstes wirtschaftliches Prinzip ablösen. Weiteres konstitutives Element einer zukünftigen Wirtschaftsverfassung sollte die stärkere Mitwirkung aller Produzierenden sein [...] Diese Forderungen wurden in der Neuordnungsdiskussion auf den Begriff gebracht, den der Gemeinwirtschaft.“ (Harald Mattfeldt: „Eine antikapitalistische Botschaft? Die Gemeinwirtschaft und ihre Akademie“)

Doch natürlich gab es auch die Kräfte, die den progressiven Aufbruch bekämpft haben: Der progressive Impetus der AfG-Gründung wurde früh von alten Nazi-Eliten versucht in das bürgerliche System zu integrieren um ihm so die emanzipatorische Spitze zu nehmen. Maßgebliche Akteure waren hierfür der spätere Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller und der Soziologe Helmut Schelsky. Sie nahmen in der Frühphase der AfG maßgeblichen Einfluss auf Satzung, Personal und Lehrplan. Beide legten steile Wissenschaftskarrieren im NS-Regime hin. Schiller war ab 1933 SA und NS-Studentenbund, ab 1937 NSDAP-Mitglied und ab 1943 VWL-Professor in Rostock. Schelsky war Funktionär im NS-Studentenbund, hat 1940 in Königsberg sich habilitiert und ab 1943 eine Professur in Straßburg bekleidet. Beide bemühten sich vehement, die sozialistische Dimension der Gemeinschaft zu verdrängen, damit das Privateigentum an Produktionsmitteln unangetastet blieb. (vgl. Thomas Laugstien, „Die Gründung der ‚Hochschule für Wirtschaft und Politik‘ als postfaschistischer Kompromiß“, in der Zeitschrift „Das Argument“ 178, 1989)

Die Ausrichtung von Studium und Lehre bleibt auch heute umkämpft. Als FSR Sozialökonomie streiten wir deswegen auch heute weiter für die Verwirklichung der Konsequenzen aus 1945.



**Siegfried Salomon Landshut (*1897 +1968) –
Sozialwissenschaftlicher Antifaschist?**

(Wieder-)Begründer der Wissenschaft von der Politik

In der Nachkriegszeit wurde Siegfried Landshut auf einen neugegründeten Lehrstuhl für die „Wissenschaft von der Politik“ berufen. Damit wurde er der erste Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Nicht zuletzt durch us-amerikanische Re-Education-Bestrebungen etabliert, wurde der neugegründete Lehrstuhl von vielen Unimitgliedern als aufgezwungen und überflüssig bewertet. Dementgegen etablierte Landshut das Fach fest an der Uni, indem er über ein Jahrzehnt als einziger Lehrender politische Demokratiebildung realisierte.

Bereits in der Weimarer Zeit hat er sich für die Institutionalisierung einer Wissenschaft von der Politik eingesetzt. In einer Zeit, in der es ein solches Fach an deutschen Universitäten nicht gab. Davon ließ sich der bis dahin in der Soziologie und der Nationalökonomie beheimatete Landshut jedoch nicht beirren. Mit seiner Schrift „Kritik der Soziologie – Freiheit und Gleichheit als Ursprungsproblem der Soziologie“ wollte er 1929 an der Uni Hamburg für ein „Fach der Politik“ habilitiert werden. Er scheiterte jedoch an dem Soziologie-Professor und späterem NS-Protegeur Andreas Walther, der die Habilitation aus Angst vor fachlicher Kritik und Konkurrenz sowie aus antisemitischen Gründen verhinderte.

Sein flammendes Plädoyer für eine Neubegründung der Wissenschaft von der Politik durch Rückbesinnung auf ihre Anfänge in der Antike formulierte Landshut daher 1933 erneut in seiner zweiten Habilitationsschrift „Historisch-Systematische Analyse des Begriffs des Ökonomischen“ – diesmal in Abgrenzung zur Ökonomie, nicht wie zuvor zur Soziologie. Auch sein zweiter Habilitationsversuch scheiterte, da Landshut kurz vor Beendigung als jüdischer Wissenschaftler auf Grundlage des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“ zusammen mit 1/5 aller Lehrenden aus der Uni Hamburg ver-

trieben wurde.

„Die Soziologie oder die Wissenschaft von der Gesellschaft, so wie sie im Laufe des 19. Jahrhunderts entstanden ist, versteht sich heute selbst nur dann richtig, wenn sie sich als den zu Wort gekommenen Widerspruch der geschichtlich-gesellschaftlichen Wirklichkeit selbst begreift.“

(Aus »Kritik der Soziologie«)



Politische Bildung in Weimar und der Nachkriegszeit

Neben seiner Tätigkeit im Wissenschaftsbetrieb war Landshut zeitlebens in der Erwachsenenbildung engagiert. Beim „Freien Bildungswesen Altona“ und der Volkshochschule gab er Kurse zu Rousseau und Marx, „Demokratische Wirklichkeit“ sowie „Politik und persönliches Leben“, 1930/31 dann „Praktische Anleitung zum selbständigen Arbeiten. Wie lese ich?“ sowie zur Klärung alltäglicher Begriffe wie unpolitisch, überparteilich, reaktionär, radikal und konservativ. Auch in Jugendorganisationen, Studierendenwohnheimen, Gewerkschaften, Funk und Fernsehen war er unterwegs. Ihm ging es um tatsächliche Aufklärung mit selbständiger Orientierung und Erziehung zum*r politisch mündigen Bürger*in.

Dieses Engagement setzt er auch im Exil und der Nachkriegszeit fort.

Landshut verbringt die Jahre 1945-48 in Ägypten und ist dort zuständig für die antifaschistische Re-Education von 100.000 deutschen Kriegsgefangenen. Auch hier legt er Wert auf Begriffsklärungen und gibt ein „Politisches ABC“ heraus; die Soldaten lernen Begriffe wie Demokratie, Parlament, Partei, konservativ und progressiv.

Wieder in Hamburg legt er besonderen Wert auf die akademische Lehre. In dieser kommt es ihm vor allem darauf an, das Selbstdenken der Studierenden anzuregen und eine Bildungsgrundlage für das weitere Leben zu schaffen – anstelle einer Berufsausbildung. So ist ihm, sehr zum Unmut einiger Kolleg*innen, in Examina wichtiger, dass eine grundlegende Haltung in Form von Ernsthaftigkeit und Begeisterung für wissenschaftliche Fragestellungen zum Ausdruck kommt, als (bloßes) Faktenwissen.

„Ich hielte es im Interesse beider Teile, der Universitaet sowohl als meiner selbst, fuer ratsam, wenn mein Kontakt mit der Universitaet und den deutschen Verhaeltnissen zunaechst einmal in der Form einer Reihe von Gastvortraegen waehrend einer kuerzer befristeten Zeit, etwa zwei bis drei Wochen, stattfinden koennte.“

(Siegfried Landshut, 1949)

Antifaschistische Bildung und Erziehung für ein „Nie wieder!“

Ziffel: Die Nazis sagen „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Das ist Kommunismus, und ich sags der Mamma.

Kalle: Sie reden wieder gegen besseres Wissen, weils bei mir gegen den Strom schwimmen wollen. Der Satz bedeutet nur, daß der Staat vor dem Untertan kommt, und der Staat sind die Nazis, basta. Der Staat vertritt die Allgemeinheit, indem er alle besteuert, herumkommandiert, am gegenseitigen Verkehr hindert und in den Krieg treibt.

Ziffel: Das ist eine Übertreibung, die mir gefällt. Ohne Übertreibung könnt man sagen, der Satz konstituiert tatsächlich einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dem Nutz des Einzelnen und dem Nutz der Allgemeinheit. Das ist es wohl was Ihre Verachtung hervorruft. [...] Es genügt völlig, wenn Sie sagen, ein Gemeinwesen muß so eingerichtet werden, daß, was dem einzelnen nützt, allen nützt. Dann muß der Egoismus nicht mehr beschimpft werden, sondern kann sogar öffentlich belobt und gefördert werden.

Kalle: Das kann nur da geschehen, wo ein Nutzen für den einzelnen nicht mehr nur entsteht, wo ein Mangel bei vielen geduldet oder geschaffen wird.

Aus Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche, geschrieben 1940/41 im finnischen Exil.

Nach der Revolution 1918/19 war es gelungen, fortschrittliche reformpädagogische Bildungsansätze in vielen Teilen Deutschlands zu institutionalisieren und sogar in der Weimarer Verfassung als Maßstab festzuhalten, dass Bildung nicht länger von der sozialen Herkunft abhängen solle.

In Thüringen beispielsweise reformierte Max Greil (1921-1924 Bildungsminister) in Zusammenarbeit mit Anna Siemsen (der Namensgeberin des Hörsaals der Fakultät für Erziehungswissenschaft) und anderen das Bildungswesen. Sie schufen die Grundlage für eine Einheitsschule, die das Bildungsprivileg der Besitzenden aufheben sollte. Bis ins Detail

wirkten sie für die Demokratisierung der Schulen, unter anderem durch die Entfernung monarchistischer Bilder. In diesem Sinne arbeiteten viele PädagogInnen für demokratische, egalisierende Erziehung zur Überwindung gesellschaftlicher sozialer Ungleichheit. So wandelte sich Bildung infolge der sozialistischen Revolutionen zu Beginn des Jahrhunderts zunehmend zur Waffe gegen die Unterdrückten in einem als überwindbar erkannten gesellschaftlichen Ausbeutungsverhältnis.

Die FaschistInnen setzten sowohl vor als auch nach der Machtübertragung 1933 alles daran, um die demokratischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen seit der Aufklärung und die VertreterInnen und KämpferInnen für diese Errungenschaften zu revidieren und eliminieren. Das galt auch der emanzipatorischen Bildungstheorie und -praxis. Ihr Mittel war die rohe Ge-



walt in Ungeist und Tat. Der 8. Mai 1945 beendete diese Periode der faschistischen Zerstörung.

Antifaschistische Bildung bedeutet heute, die damals unterbrochenen Fortschritte der Reformpädagogik und ihre Errungenschaften zu aktualisieren und fortzuführen. Wir als Fachschaftsräte wollen daran mitwirken.

Bildung im Faschismus

Eine zentrale Ideologische Mission der Faschisten bestand in der Bekämpfung der menschlichen Egalität und der Umdeutung bestehende sozialer Ungleichheit. Dies wurde als naturgegeben deklariert und die reale Klassengegnerschaft als Ursache gelehnt. Vielmehr gelte eine immerwährende Feindschaft zwischen allen Menschen und die soziale Hierarchie sei Ausdruck des „Recht des Stärkeren“. Demnach ist dann auch die Krise der späten 1920er Jahre nicht Ausdruck einer Unzureichenden Verwirklichung von Ambitionen der Novemberrevolution, sondern sei vielmehr das Ergebnis der „Pervertierung“ der „natürlichen Ordnung“ durch sowohl bürgerliche Demokratie- als allemal durch marxistische Gleichheitsbestrebungen. Alle – Individuen und „Rassen“ – hätten sich einzureihen auf den ihnen zugewiesenen Platz - wenn nicht freiwillig, dann durch Zwang. Für die Akzeptanz einer solchen streng hierarchischen Gesellschaftsordnung versprochen die FaschistInnen einen harmonischen „Volkskörper“ einerseits und die Elimination aller außerhalb dessen verorteten „Feinde“ (z.B. jüdische Arbeiterinnen, russische Schulkinder, kritische Journalisten) andererseits.

„Deutschlands Freiheit ist nicht die Angelegenheit des Proletariats, nicht des Bürgertums, - Deutschlands Freiheit ist eine deutsche Angelegenheit! [...] Und aus der Erkenntnis heraus, daß ein Nationalstaat nur seiner Aufgabe gerecht werden kann, wenn jeder einzelne Volksgenosse in dem Rahmen des großen Ganzen aufgeht, sind wir fanatische Sozialisten! – ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ ist der sittliche Grundsatz unseres deutschen Sozialismus! [...] Solange der Marxismus mit seinen volksauflösenden, rassezerstörenden Tendenzen nicht zerschmettert am Boden liegt, wird Deutschland nie frei werden! – Hier liegt eine unserer Hauptaufgaben!“¹

Die faschistische Schule, die in Einheit mit der HJ zur Wehrrertüchtigung diente – hier mental, dort körperlich – setzte militärischen Drill gezielt ein,

um Jugendlichen ihre Kritikfähigkeit abzuerziehen. Von Opferbereitschaft und Selbstaufgabe war in diesem Zusammenhang die Rede. Unterordnung für den deutschen imperialistischen Krieg stand auf dem Lehrplan:

„Meine Pädagogik ist hart. Das Schwache muss weggehämmert werden. In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird. Eine gewalttätige, herrische, unerschrockene, grausame Jugend will ich. Jugend muss das alles sein. Schmerzen muss sie ertragen. Es darf nichts Schwaches und Zärtliches an ihr sein. Das freie, herrliche Raubtier muss erst wieder aus ihren Augen blitzen. [...] So merze ich die Tausende von Jahren der menschlichen Domestikation aus. [...] Ich will keine intellektuelle Erziehung. Mit Wissen verderbe ich mir die Jugend. Am liebsten ließe ich sie nur das lernen, was sie ihrem Spieltriebe folgend sich freiwillig aneignen. Aber Beherrschung müssen sie lernen. Sie sollen mir in den schwierigsten Proben die Todesfurcht besiegen lernen. Das ist die Stufe der heroischen Jugend. [...] In meinen Ordensburgen wird der schöne, sich selbst gebietende Gottmensch als kultisches Bild stehen und die Jugend auf die kommende Stufe der männlichen Reife vorbereiten.“²

Zur Einrede, diese Bestialität und das Erdulden von Schmerzen lägen doch im eigenen Interesse der Lernenden, wurde unter dem Schlagwort „Eugenik“ die Rassenhetze zum offiziellen Unterrichtsstoff. „Das erste aller Naturgesetze ist das Gesetz der Auslese durch den Kampf ums Dasein. Überall in der Natur können wir diesen Kampf beobachten. Die Pflanzen ringen miteinander um das Licht, die Tiere um den besten Futterplatz. Nur wer stark und tüchtig ist, kann diesen Kampf bestehen, Krankes und Schwaches wird ausgerottet. [...] So kann sich nur das Gesunde und Starke fortpflanzen“, heißt es in einschlägigen Veröffentlichungen.³ Die eigene Härte sich selbst und den Mitmenschen gegenüber sei nun einmal notwendig zur Verteidigung gegen die parasitäre „jüdisch-bolschewistische Gefahr“.

Als Kompensation der ständigen Selbstkasteiung und Einfügung in Unterdrückungs- und Unterwerfungsgefüge dienten Inszenierungen von „Kameradschaft“. Insbesondere in der HJ-Lagerromantik: „Wer ein paar Wochen solchen HJ-Lagerlebens mitgemacht hat, hat etwas gewonnen, woran er sein ganzes Leben zurückdenkt. Ob es in den bayerischen Bergen oder in den thüringischen Wäldern war oder gar an der See, er vergisst nie den Zauber

des vollkommenen Gelöstseins von allem städtischen Leben und von aller bürgerlichen Form. Er denkt an den riesigen Holzstoß, der in den prasselnden Flammen verbrannte, und wie er und seine Kameraden im Kreis darum saßen und in das Feuer starrten.“¹ Kritik an der kapitalistisch-militaristisch entfremdeten Vergesellschaftung sollte entrationalisiert und durch die anti-zivilisatorische „Rückkehr zur Natur“ einkassiert werden. Dementsprechend standen besonders im HJ-Lager sowie in Waldschul-Ausflügen militärische Übungen zur Vorbereitung der möglichen Vernichtung jeglicher Zivilisation durch den Weltkrieg auf der pädagogischen Agenda.

Demilitarisierung als ein Eckfeiler antifaschistischer Konsequenzen für und nach der Befreiung bedeutet daher nicht nur die Auflösung von Rüstungsindustrie und Armee. Sie ist ganz wesentlich auch eine Aufgabe einer menschenfreundlichen Bildung: mentale Abrüstung, Befreiung von pädagogischem Drill, Renaissance von Egalité und Fraternité – für die Emanzipation einer Jeden und eines Jeden und Aller. Diese Zivilisierung ist eine fortwährende Aufgabe.

Antifaschistische Pädagogik

Zum Erbe humanistischer Pädagogik, aus dem wir heute schöpfen können, gehört Anna Siemsen. Aufgabe der Pädagogik ist ihr zufolge die Erziehung zur Menschlichkeit, also die Bildung des sittlichen und verantwortungsbewussten Menschen im Bewusstsein gesellschaftlicher Zusammenhänge. Da Erziehung sowohl von der Gesellschaft, in der sie stattfindet, abhängt, als auch diese Gesellschaft selbst mit bildet, ist Erziehung politisch.

Unmittelbar nach der Befreiung forderte sie in der Kinder- und Jugenderziehung „Darstellungen der Dinge, die heute für uns im Vordergrund stehen sollten: der Kämpfe um Recht, um Freiheit und Frieden, damit die Kinder und Jugendlichen lernen über die Grenzen ihrer Heimat, ihres Staates, ihrer Klasse hinaus zu sehen und zu erkennen, wie sehr wir heute in Europa, ja wohl auf der ganzen Erde in einer ganz entscheidenden Phase des Kampfes stehen um eine übernationale, wahrhaft soziale und wahrhaft demokratische Ordnung.“ Mark Twain, Tom Sawyer und „Onkel Toms Hütte“ nennt sie als Beispiele einer Jugendliteratur, die der Aufgabe gerecht wird, „durch die Dichtung den Kindern den Zugang in die Wirklichkeit zu öffnen, die Wirk-

lichkeit unserer Zeit mit ihren Schrecken und ihren großen Aufgaben, ihrem Ernst und ihren abenteuerlichen Spannungen, die alle phantastischen Erfindungen übertreffen, und ebenso in die Vergangenheit, aus der diese Wirklichkeit erwuchs.“ Erziehung in diesem Sinne macht Menschen sich selbst als geschichtlich bedingte, soziale Wesen begreifbar.

Dagegen kritisiert Anna Siemsen den ignoranten Umgang mit durch den Krieg traumatisierten Kindern in der veroberflächlichend tumb-romantischen „Backfisch“-Literatur. Traumata sowie Erfahrungen von Solidarität im Kontext des jüngst beendeten Zweiten Weltkriegs kommunizierbar zu machen, ist für sie essenziell, um Lehr-Lern-Beziehungen aufzubauen. Lehrende und Lernende werden nicht außerhalb der Verhältnisse konstruiert, sondern als Persönlichkeiten ernstgenommen, die in alltäglichen Kämpfen stehen. Dies hatte sie bereits im Spanischen Bürgerkrieg gelernt: „Mir schien es damals gut, daß hier nichts verdrängt und unterdrückt oder verschwiegen wurde, daß die Kinder all ihren Schrecken abreagierten. Und das Ergebnis zeigte, daß sie dadurch die Fähigkeit gewannen, sich einer neuen und gesunden Umwelt mit Freuden zuzuwenden.“

Ein starkes Kontra zur faschistischen Unterordnungs- und Verzichtsideologie ist, dass sie kein Erdulden des Mangels anerziehen will: „Wir sollen im Gegenteil den Kindern ins Bewußtsein rufen, daß diese ihre Erlebnisse ungebührig, unzulässig, durchaus und mit allen Kräften zu überwinden sind. Das aber heißt, daß wir ihnen eine andere Welt der Menschlichkeit und Solidarität danebenzustellen haben, die aber kein Märchen ist, sondern ebenso real wie die von ihnen erlebte Welt der Zerstörung und des Hasses. Glücklicherweise haben wir in diesen furchtbaren Katastrophenjahren ja alle diese Wirklichkeit erfahren.“¹ Pädagogik findet im gesellschaftlichen Konflikt statt und muss daher Partei ergreifen für Pazifismus und für gleiches Recht auf gute Bildung für alle.

Lehren für heute

Die von Anna Siemsen angemahnte Erziehung zum Frieden ist weiterhin zu verwirklichen. Gegen neoliberale Vereinzelung und Konkurrenzideologie muss Solidarität Inhalt der Gestaltung des Gemeinwesens werden. An der Fakultät kämpfen wir in diesem Sinne beispielsweise gegen Selektionsideolo-

gie und -praxis für echte Inklusion: Schule muss dafür bewusst in Opposition zum gesellschaftlichen Selektionsdruck gehen, anstatt Einzelne auf geforderte Leistungsmaßstäbe zu hieven. Fachschaftsratsarbeit ist als demokratische Gestaltung der Studienbedingungen sowie des kulturellen Lebens an der Universität durch ihre Mitglieder selbst antifaschistisch erkämpfte Konsequenz gegen Alternativlosigkeit, Untertanentum und Gleichgültigkeit. Wir arbeiten dafür, dass Menschen sich durch Bildung in die Lage versetzen können, eine Gesellschaft zu erstreiten, in der „Gemeinnutz“ und „Eigennutz“ identisch sind, wie es der emigrierte Arbeiter Kalle in Brechts „Flüchtlingsgesprächen“ anmahnt. Es gilt, das persönliche Interesse der SchülerInnen, gemeinsam mit anderen ein freudvolles Leben zu gestalten, zu fundieren. „Das kann nur da geschehen, wo ein Nutzen für den einzelnen nicht mehr nur entsteht, wo ein Mangel bei vielen geduldet oder geschaffen wird.“

